



Presseschau vom 24.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: USA sollen die Ukraine verlassen – immer mehr Top-Analysten in den USA fordern ein Umdenken

Mitten in der Hysterie um einen vermeintlichen russischen Einmarsch in die Ukraine mehren sich die Stimmen in der US-Presse, die dem Weißen Haus raten, die Frage der NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine ruhen zu lassen oder sich als USA aus der Ukraine gar gänzlich "zurückzuziehen". ...

<https://kurz.rt.com/2slh>

Gert-Ewen Ungar: Gleiches Recht für Deutschland und Polen? – EU-Vertragsverletzungsverfahren und Rechtsstaatlichkeit

Die Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und Polen zeigen in ihrer Gegensätzlichkeit deutlich: Dem EuGH und der Kommission geht es nicht um Rechtsstaatlichkeit. Es geht der EU um Machtausweitung und das Zurückdrängen nationaler Souveränität. ...

<https://kurz.rt.com/2sib>

Aljona Fedina: Wall Street Journal: Deutschland ist kein glaubwürdiger Verbündeter für die USA mehr

Laut einem Artikel in der US-amerikanischen Zeitung „Wall Street Journal“ („WSJ“) stellt

Deutschland russische Interessen über die des Westens. Als Beweis für die Unzuverlässigkeit Berlins wird sein Umgang mit den Spekulationen über angebliche Pläne Russlands, die Ukraine anzugreifen, sowie mit der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 angeführt. ...

<https://snanews.de/20220124/wall-street-journal-deutschland-ist-kein-5114371.html>

de.rt.com: Botschafter: Venezuela wird Russland bei Auseinandersetzung mit USA militärisch helfen

Für den Fall einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington haben zahlreiche Politiker Venezuelas der Russischen Föderation militärische Hilfe zugesichert – vorerst inoffiziell. Dies hat Moskaus Botschafter in Caracas bekanntgegeben. ...

<https://kurz.rt.com/2smo>

abends/nachts:

de.rt.com: U-Boot-Deal mit Israel: Mit erheblicher finanzieller Unterstützung der deutschen Regierung

Israel und Deutschland haben sich auf einen U-Boot-Deal geeinigt. Die Kosten sollen bei drei Milliarden Euro liegen. Der deutsche Finanzierungsanteil am Bau der U-Boote ist auch aufgrund einer Vereinbarung im Jahr 2017 auf 540 Millionen Euro gedeckelt.

Israel und Deutschland einigten sich auf einen U-Boot-Deal, wie das israelische Verteidigungsministerium mitteilte. Nach dem neuen Vertrag soll ThyssenKrupp Marine Systems in Kiel drei U-Boote für Israel bauen. Die Kosten sollen bei drei Milliarden Euro liegen.

Nach Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums soll das erste U-Boot innerhalb von neun Jahren nach Israel geliefert werden. Der deutsche Finanzierungsanteil am Bau der U-Boote ist nach einer Vereinbarung im Jahr 2017 auf 540 Millionen Euro gedeckelt. Im Jahr 2017 unterzeichnete Israel mit erheblicher finanzieller Unterstützung der deutschen Regierung eine Absichtserklärung über den Kauf von U-Booten von ThyssenKrupp Marine Systems. Deutschland hilft bei dem U-Boot-Deal finanziell, da es sich nach Angaben der deutschen Regierung für die Sicherheit des Staates Israel besonders verantwortlich fühle. Die Beteiligung gelte als Beitrag zum Schutz und zur "Existenzsicherung" des Landes. Die Lieferung der U-Boote nach Israel ist ein umstrittenes Thema, da sie, laut Experten, mit Atomwaffen ausgerüstet werden könnten.

Bei dem neuen Deal handelt es sich um die größten U-Boote, die TKMS bislang entwickelt hat. Die Klasse "Dakar" wird nach dpa-Informationen von einer Brennstoffzelle angetrieben. Auf dem Werftgelände in Kiel werden dafür bereits eine neue Schiffsbauhalle und eine Brennstoffzellenfertigung errichtet. Israel verfügt bereits über sechs U-Boote aus Kiel. Die drei neuen U-Boote sollen Berichten zufolge nach und nach ältere Modelle ersetzen.

Das U-Boot-Geschäft war schon 2017 vereinbart worden, lag wegen Korruptionsvorwürfen aber auf Eis. Gegen mehrere Beteiligte läuft ein Verfahren, in dem auch der ehemalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu befragt wurde. In Deutschland wurden die Ermittlungen Ende 2020 eingestellt, da es keinen hinreichenden Tatverdacht gegeben habe. Auf Vorschlag von Verteidigungsminister Benny Gantz und Außenminister Yair Lapid soll nun laut Haaretz ein Untersuchungsverfahren eingeleitet werden, um zu prüfen, wie zwischen 2009 und 2016 ein Deal zum Kauf von U-Booten zustande kam. Der damalige Deal wurde allerdings nie abgeschlossen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ed3c65b480cc53e6454b73.jpg>

snanews.de: **Nach Begleichung von Beitragsschulden: Iran erhält UN-Stimmrecht zurück**

Der Iran hat laut seinem ständigen Botschafter bei den Vereinten Nationen das Stimmrecht in der UN-Generalversammlung wiederhergestellt, indem das Land seine ausstehenden Mitgliedsbeiträge bezahlt hat. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Mehr.

Die Zahlungsrückstände des Iran bei den Vereinten Nationen seien beglichen worden, und sobald die Zahlung bei den Vereinten Nationen in New York eingegangen seien, sollte das Stimmrecht des Landes am Montag wieder aufgenommen werden, gab der Ständige Botschafter des Iran bei der Uno, Majid Takht-Ravanchi, bekannt.

Mitte Januar hatte UN-Generalsekretär Antonio Guterres mitgeteilt, dass der Iran, Venezuela und sechs weitere Länder vorerst nicht mehr in der UN-Generalversammlung mit abstimmen dürften, da sie mit ihren Beitragszahlungen im Rückstand seien.

Der iranische Uno-Botschafter sagte weiter: „Die Islamische Republik Iran hat sich als aktives Mitglied der Vereinten Nationen immer verpflichtet, ihre Mitgliedsbeiträge rechtzeitig zu zahlen, und wir haben dies in der Tat bewiesen.“

Leider sei Teheran das zweite Jahr in Folge mit Schwierigkeiten bei der Zahlung des UN-Mitgliedsbeitrags konfrontiert worden, weil die USA „brutale und einseitige Sanktionen“ gegen den Iran verhängt hätten, betonte der Botschafter.

Inzwischen bestätigte das südkoreanische Finanzministerium, dass der Iran seine Beiträge an die Vereinten Nationen mit in Südkorea eingefrorenen Geldmitteln bezahlt habe, um sein Stimmrecht sofort wiederherzustellen. Demnach handelt es sich um eine Zahlung in Höhe von 18 Millionen US-Dollar, die nach Konsultationen mit zuständigen Gremien, darunter mit der Kontrollbehörde des US-Finanzministeriums OFAC und dem UN-Sekretariat, getätigt worden sei.

Infolge der US-Sanktionen waren iranische Einnahmen für Öllieferungen in Höhe von mehr als sieben Milliarden US-Dollar bei zwei südkoreanischen Banken eingefroren worden.

Die wegen des iranischen Atomprogramms gegen Teheran verhängten US-Sanktionen schränken seit mehreren Jahren die iranischen Ölexporte ein und sperren die Konten der Regierung sowie die der hochrangigen Beamten und juristischer Personen.

Im Februar 2021 erklärte sich Südkorea bereit, eingefrorene iranische Vermögenswerte von einer Milliarde US-Dollar freizugeben. Die Gesamtschulden Südkoreas gegenüber dem Iran belaufen sich auf sieben Milliarden US-Dollar. Bereits im Januar 2021 versprach Seoul in Gesprächen mit Teheran, die Frage der Freigabe zu klären, was allerdings noch immer nicht gelöst ist.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/17/5109330_0:0:3047:1714_1920x0_80_0_0_a02eaac9bcfc1dbb58f75be3815e7f0c.jpg

de.rt.com: **Präsident Armeniens Sarkissjan ist zurückgetreten**

Der armenische Präsident Armen Sarkissjan ist am 23. Januar von seinem Amt zurückgetreten, wie er auf seiner offiziellen Website mitteilte.

In der Rücktrittserklärung beklagt der Politiker, dass die geltende Verfassung und die darin verankerte Verteilung der Vollmachten zwischen Parlament, Regierung und Präsidenten dem Letzterem nahezu keine Möglichkeiten lässt, auf die Entwicklung des Landes Einfluss zu nehmen. Er habe bereits im Zuge der Unruhen und Massenproteste vom April und Mai 2018, in deren Folge der derzeitige Regierungschef Nikol Paschinjan an die Macht gelangte, mit dem Gedanken des Rücktritts gespielt. Damals habe er sich jedoch verpflichtet gesehen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine weitere Vertiefung der inneren Spaltung des Landes zu verhindern.

Im Folgenden habe er die politischen Ereignisse, die "zur aktuellen nationalen Krise geführt haben", nicht mehr beeinflussen können. Sarkissjan beklagt die "paradoxe Situation, in der der Präsident ein Garant der Staatlichkeit sein muss, ohne über wirksame Befugnisse zu verfügen".

Das Gefühl der Ohnmacht angesichts tragischer Ereignisse hätte nach Sarkissjans Worten auch Auswirkungen auf seine Gesundheit gehabt. Darum habe er sich nach reiflicher Überlegung entschieden, vom Amt des Präsidenten der Republik zurückzutreten. Am Schluss der Erklärung ruft er seine Landsleute zur Wahrung der Einheit auf.

Nach der armenischen Verfassung reicht der Präsident sein Rücktrittsgesuch bei der Nationalversammlung ein. Das Gesuch gilt ab dem Zeitpunkt der gesetzlich vorgeschriebenen Verkündung als angenommen.

Außerordentliche Wahlen können "frühestens fünfundzwanzig Tage und spätestens fünfunddreißig Tage nach dem Freiwerden des Sitzes" abgehalten werden. Bis zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes nimmt der Parlamentspräsident die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahr. In Armenien wählt das Parlament den Präsidenten für eine Amtszeit von sieben Jahren. Ein und dieselbe Person kann das Amt nur ein Mal ausüben. Mindestens ein Viertel der Gesamtzahl der Abgeordneten erlangt das Recht, einen Kandidaten für das Amt zu nominieren.

Armen Sarkissjan war der vierte Präsident der Republik Armenien nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Er wurde in dieses Amt am 2. März 2018 gewählt – wenige Wochen vor Beginn der Massenproteste, die die politische Landschaft des kaukasischen Landes radikal umkämpften. Davor diente der 1953 geborene Physiker seinem Land in verschiedenen Funktionen. Unter anderem war er mehrfach Botschafter Armeniens in verschiedenen Ländern und stand in den Jahren 1996 und 1997 einige Monate als Premier der

Regierung vor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ed96d1b480cc3f0a7a9e54.jpg>

vormittags:

de.rt.com: "Erhöhte Bedrohungen aus Russland": Familien von US-Diplomaten sollen Ukraine verlassen

Washington rät US-Bürgern davon ab, die Ukraine zu bereisen. Grund seien COVID-19 und "erhöhte Bedrohungen aus Russland". Außerdem hat das US-Außenministerium die Ausreise von Familienmitgliedern des im Land arbeitenden US-Regierungspersonals angeordnet.

Familien von US-Diplomaten sind angewiesen, die Ukraine zu verlassen, während einigen Botschaftsmitarbeitern die Befugnis erteilt wurde, über eine Ausreise selbst zu entscheiden. Dies geht aus einer aktualisierten Reisewarnung hervor, in der erneut auf eine "anhaltende Bedrohung durch russische Militäraktionen" hingewiesen wird. Das US-Außenministerium erklärte am Sonntag:

"Es gibt Berichte, dass Russland erhebliche Militäraktionen gegen die Ukraine plant."

Daher werde "die freiwillige Ausreise von direkt angestellten US-Mitarbeitern genehmigt und die Ausreise von berechtigten Familienmitgliedern angeordnet".

US-Amerikanischen Staatsbürgern wird erneut dringend von Reisen in die Ukraine abgeraten, während diejenigen, die sich bereits im Land aufhalten, aufgefordert sind, "eine sofortige Abreise mit kommerziellen oder anderen privat verfügbaren Transportmöglichkeiten in Betracht zu ziehen". Die höchste Warnstufe "Level 4: Do Not Travel" für die Ukraine, die sich auf COVID-19 und "erhöhte Bedrohungen aus Russland" beruft, ist seit mehr als einem Monat auf der Website des US-Außenministeriums zu finden.

Zuvor hatten die USA ihre Bürger gewarnt, dass sie im Falle eines Krieges in der Ukraine nicht mit von der US-Regierung geförderten Evakuierungen rechnen, sondern stattdessen die verfügbaren kommerziellen Flüge nutzen sollten.

Moskau hat die seit November vergangenen Jahres von den USA und ihren Verbündeten erhobenen Vorwürfe, es plane eine Invasion in die Ukraine, wiederholt zurückgewiesen und die Behauptungen als unbegründete Versuche bezeichnet, Hysterie zu schüren.

Nach Ansicht des Kremls ist es der Westen, der die Spannungen in der Ukraine anfacht, indem er Waffen an Kiew liefert, das in einen eingefrorenen Konflikt mit selbsternannten Republiken in der südöstlichen Donbass-Region verwickelt ist und den NATO-Aufbau in Osteuropa intensiviert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee4bb948fbef780e24816c.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 23. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Medienberichte: Biden erwägt Entsendung von Truppen, Flugzeugen und Schiffen nach Osteuropa**

Nach Angaben von The New York Times erwägen die USA, ihre militärische Präsenz in Osteuropa angesichts "der zunehmenden Befürchtungen über das russische Vorgehen" auszuweiten. Biden könne diese Woche beschließen, bis zu 5.000 Soldaten nach Europa zu entsenden.

US-Präsident Joe Biden erwägt die Möglichkeit, mehrere Tausend US-Soldaten sowie Schiffe und Flugzeuge in den baltischen Staaten und in Osteuropa zu stationieren. Dies berichtet die Zeitung The New York Times unter Berufung auf Quellen in der US-Regierung. Die US-Behörden erwägen eine Ausweitung der Militärpräsenz in der Region, da die Angst vor einer möglichen russischen Invasion in der Ukraine wächst, so das Blatt.

Am Samstag, den 22. Januar, legten hochrangige Vertreter des Pentagons Biden bei einem Treffen auf dem Landsitz des US-Präsidenten in Camp David mehrere Optionen vor, so die Quellen. Diese sehen die Entsendung von 1.000 bis 5.000 Soldaten nach Osteuropa vor, mit der Möglichkeit, diese Zahl zu verzehnfachen, wenn sich die Lage verschlechtert. Den Quellen der Zeitung zufolge wird Biden voraussichtlich noch in dieser Woche eine Entscheidung treffen.

In der Veröffentlichung heißt es, dass keine der in Betracht gezogenen Optionen die Stationierung zusätzlicher US-Truppen auf ukrainischem Hoheitsgebiet vorsieht. Ein solcher Schritt, so NYT, wäre ein Wendepunkt für die US-Regierung, die bis dahin aus Angst, Russland zu provozieren, eine zurückhaltende Position zur Ukraine eingenommen habe. Da die Gespräche zwischen russischen und US-amerikanischen Beamten jedoch zu keinem Ergebnis geführt hätten, habe die Biden-Regierung beschlossen, diese Strategie aufzugeben.

Vergangene Woche hatte der US-Präsident auf einer Pressekonferenz anlässlich seiner einjährigen Amtszeit erklärt, dass die USA bereit seien, ihre militärische Präsenz an der Ostflanke der NATO in Rumänien und Polen zu verstärken, falls dies erforderlich sei. Dies habe bereits im Dezember als Option gegolten, wobei Biden betonte, dass dies nur im Falle einer russischen Invasion in der Ukraine geschehen würde.

Rumäniens Präsident Klaus Johannis begrüßte Bidens Erklärung über eine Erhöhung der Truppenstärke, falls sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert.

Im vergangenen Herbst tauchten in westlichen Medien Berichte auf, wonach Russland einen Angriff auf die Ukraine vorbereite. Ähnliche Befürchtungen äußerten neben anderen auch

US-amerikanische und britische Behörden. Moskau bestreitet wiederholt, dass es derartige Pläne gebe. Trotzdem drohen westliche Länder Russland mit Sanktionen und kündigten Militärhilfe für die Ukraine an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee4da3b480cc57c737780f.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. Januar um 9:00 Uhr 22.145 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
428 Personen sind derzeit erkrankt, 18.573 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3144 Todesfälle.

snanews.de: **Sacharowa: Ukraine als „universeller Öffner“ bei Durchsetzung westlicher Interessen benutzt**

Der Westen benutzt die Ukraine als Werkzeug zur Förderung seiner Interessen in der Region und als Versuchsgelände. Diese Meinung äußerte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in einem Interview mit der Zeitung „Izvestia“ am Montag.

„Die Ukraine wird vom Westen als Instrument zur Einflussnahme und zur Förderung seiner Interessen in der Region, zur Destabilisierung der Situation und zur Beeinflussung irgendwelcher Prozesse betrachtet; die Vorwürfe gegen uns nehmen kein Ende“, sagte Sacharowa.

Dies ermöglicht es westlichen Ländern, „dieses Sanktionsfeuer zu nähren und immer wieder etwas rein zu werfen“, sagte die Sprecherin.

In dieser Situation sei das Fehlen von Beweisen für eine „Aggression“ Russlands und dessen Völkerrechtsverstöße nicht von Bedeutung. „Man hat die unglückliche Ukraine, das unglückliche ukrainische Volk, das, nebenbei gesagt, ein multinationales Volk ist, als ein Versuchsgelände genutzt“, fügte die Sprecherin hinzu.

„Warum mischen sich die USA beispielsweise in unsere Energiepartnerschaft mit Deutschland ein, wo privates Unternehmertum, Staat und Investoren anwesend sind, und erinnern immer wieder an die Ukraine? Das betrifft nicht nur irgendeine Sphäre allein, sondern ist in ihrem Verständnis wohl ein Werkzeug von der Art eines universellen Öffners“, sagte Sacharowa.

Sacharowa hatte am Sonntag warnend darauf hingewiesen, dass westliche Länder mehrere Großprovokationen innerhalb der Situation um die Ukraine vorbereiteten. Moskau schließe nicht aus, dass diese Provokationen einen Informations- oder einen militärischen Charakter haben könnten.

Zuvor hatte das britische Außenministerium die russischen Geheimdienste beweislos beschuldigt, eine „pro-russische Führungsperson“ – den ehemaligen Abgeordneten der Werchowna Rada, Jewgeni Murajew, in Kiew einsetzen zu wollen. Den Worten der

Sprecherin zufolge habe London „das Material dafür im Voraus vorbereitet“.

Murajew, der 2018 selbst von russischen Sanktionen belegt wurde, behauptet, seine eigenen Aktiva und die seiner Familienangehörigen seien in Russland „arretiert“ worden. Murajew sagte, er könne nicht verstehen, wie „all das bei den britischen Geheimdiensten und dem Foreign Office miteinander einhergeht“.

„Diese Frage sollte an Mister Bean (Hauptfigur der TV-Comedyserie „Mister Bean“ – Anm. d. Red.) gerichtet werden.“

Russland hat wiederholt Vorwürfe angeblich „aggressiver Aktivitäten“ zurückgewiesen und dabei betont, dass es niemandem drohe und nicht beabsichtige, jemanden anzugreifen.

Derartige Anschuldigungen würden nur als Vorwand genutzt, um mehr Kriegsgerät der Nato in der Nähe der russischen Grenzen zu stationieren.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow zuvor erklärte, erweitere die Nato ihre Waffenlieferungen an die Ukraine, wo die Anzahl westlicher Instrukteure zugenommen habe.

Nach Meinung des russischen Chefdiplomaten könnte das die ukrainischen Machtbehörden zu „militärischen Abenteuern provozieren“.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/01/46252_0:122:3209:1927_1920x0_80_0_0_cecf6eddb0f0bdccdadfc64f5ea939b7.jpg

Mzdnr.ru: Am 23. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 31 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 1 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 14 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 652 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 342 mit Sauerstoffunterstützung (+8 in den letzten 24 Stunden).

Am 24. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 121.880 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3139 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.259 als gesund entlassen, es gibt 9482 Todesfälle.

de.rt.com: **Borrell: Die EU plant keinen Abzug von Diplomaten aus Kiew**

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell sieht keinen Grund, Diplomaten aus der Ukraine abzuziehen. Wie AFP meldet, hat der Politiker gesagt, dass die EU keinen Grund zur Dramatisierung der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine sehe.

Die Europäische Union sieht keinen Grund, die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland zu dramatisieren, sagte heute der EU-Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell. Man sehe keinen Grund, Diplomaten aus Kiew abzurufen und werde den USA bei diesem Schritt nicht folgen. Mit diesen Worten wird Borrell durch die Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) zitiert.

Wie in der Nacht bekannt wurde, ziehen die USA dagegen einen Teil des diplomatischen Personals sowie alle Familienangehörigen ihrer Diplomaten aus der Ukraine ab. Außerdem erging eine Reisewarnung an alle US-Bürger, mit der davon abgeraten wird, derzeit die Ukraine zu bereisen. Als Begründung wird eine angeblich "anhaltende Bedrohung durch russische Militärationen" genannt.

US-amerikanischen Staatsbürgern wird erneut dringend von Reisen in die Ukraine abgeraten, während diejenigen, die sich bereits im Land aufhalten, aufgefordert sind, "eine sofortige Abreise mit kommerziellen oder anderen privat verfügbaren Transportmöglichkeiten in Betracht zu ziehen". Die höchste Warnstufe "Level 4: Do Not Travel" für die Ukraine, die sich sowohl auf COVID-19 als auch auf "erhöhte Bedrohungen aus Russland" beruft, ist seit mehr als einem Monat auf der Website des US-Außenministeriums zu finden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee6ff948fbef792368b6aa.jpg>

Armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 24. Januar 2022

Das Kommando der Volksmiliz der DVR erhält weiter zuverlässige Informationen, dass die ukrainischen Streitkräfte sich auf aktive Kampfhandlungen im Donbass vorbereiten.

Wir haben folgende Maßnahmen zur Vorbereitung auf einen Angriff bei den ukrainischen bewaffneten Formationen, die sich in der Zone der sogenannte „Operation der vereinigten Kräfte“ befinden, festgestellt:

In den Einheiten der 1. Panzerbrigade, in Panzerbataillonen der 53. und der 54. mechanisierten Brigade sowie der 58. Panzergrenadierbrigade des Gegners wurde der Urlaub für das gesamte Personal gesperrt, die Kommandeure aller Ebenen sind angewiesen, sich in den vorläufigen Stationierungspunkten aufzuhalten. Aus den Krankenhäusern werden Mechaniker/Fahrer und Richtschützen vorzeitig mit der Empfehlung, die medikamentöse Behandlung in den Einheiten fortzusetzen, entlassen. In den Panzerbataillonen sind Kommissionen aus den Stäben der Brigaden eingetroffen, um die Bereitschaft von Waffen und Militärtechnik zu kontrollieren, die dynamischen Schutzelemente an den Panzern und die Vorräte an Munition und Treibstoff zu überprüfen.

In den von den Minsker Vereinbarungen festgelegten Abzugsorten für schwere Technik und Waffen der ukrainischen Armee in den Gebieten von Wolnowacha, Andrejewka und Dobropolje wurde auch die Anwesenheit von Panzerbesatzungen und Artilleriemannschaften festgestellt, die die Waffen und Militärtechnik zum Einsatz bereit machen.

Uns liegen zuverlässige Informationen vor, dass vierzig Soldaten des 3. Spezialregiments der ukrainischen Streitkräfte, die zuvor eine Ausbildung unter Leitung von Instruktoren aus Großbritannien im 142. Ausbildungs- und Trainingszentrum der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte durchlaufen haben, zur Durchführung von Provokationen im Gebiet von Awdejewka eingetroffen sind.

Wir verfügen über unwiderlegbare Fakten, dass vom Kommando der OOS mobile Entminungseinrichtungen UR-77 an der Kontaktlinie zusammengezogen sowie die Fronteinheiten und Sturmgruppen des Gegners mit transportablen Entminungseinrichtungen UR-83P verstärkt werden. Diese technischen Mittel sind zur operativen Herstellung von Durchgängen durch Minensperren in einer Breite von 6 bis 14 Metern bei Angriffshandlungen vorgesehen.

Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf, dass die Panzerbataillone für aktive Angriffshandlungen vorgesehen sind und die technischen Minenräumungseinheiten für die Gewährleistung und Verbesserung ihrer Angriffsmöglichkeiten, was die Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf eine Aggression gegen die Donezker und die Lugansker Volksrepublik bestätigt.

Gesondert will ich anmerken, dass die Aufklärung der Volksmiliz der DVR Informationen über eine zusätzliche Ausstattung der mechanisierten Einheiten in der Tiefe des Territoriums der Ukraine und deren Entsendung zur Verstärkung der OOS im Donbass erhalten hat. Eine Verlegung der Einheiten der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus dem ständigen Stationierungspunkt in der Oblast Odessa hat begonnen. Die Verlegung der 28. Brigade in das OOS-Gebiet führt das ukrainische Kommando unter der Legende von planmäßigen taktischen Spezialübungen durch.

Ende 2021 wurde in dieser Brigade eine äußerst geringe Personalausstattung von weniger als 35 Prozent festgestellt. Die Brigade war nicht gefechtsbereit. Zu Beginn dieses Jahres berichtete das operative Kommando „Süd“, dass die 28. Brigade zu 100 Prozent ausgestattet ist und alle Rekruten eine Ausbildung in Ausbildungszentren absolviert haben.

Alle oben genannten Sachverhalte zeugen davon, dass die ukrainische Seite nicht einfach die Versuche der Destabilisierung der Lage im Donbass fortsetzt, indem sie Ortschaften beschießt, sondern sich voll und ganz auf eine gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts vorbereitet.

Das Kommando der Volksmiliz der DVR empfiehlt dem Gegner nachdrücklich, von seinen verbrecherischen Plänen Abstand zu nehmen.

Die Akte der ukrainischen Aggression gegen die Donezker und Lugansker Volksrepublik werden nicht ohne eine entsprechende Reaktion bleiben. Der ukrainischen Armee wird nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt werden, nach dem ein Wiederaufbau nicht möglich sein wird.

Den ukrainischen Offizieren und Soldaten empfehlen wir zu Bewahrung ihres Lebens, von der Beteiligung an Kampfhandlungen und der Ausführung verbrecherischer Befehle ihres Kommandos Abstand zu nehmen.

de.rt.com: **Medien: Großbritannien unterstützt Aussetzung von Russlands Mitgliedschaft in SWIFT**

Britische Behörden erwägen Berichten zufolge die Suspendierung Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT. Sie verweisen dabei auf einen möglichen militärischen Konflikt, der zwischen Russland und der Ukraine ausbrechen könnte. Der britische Premierminister Boris Johnson "befürchtet, dass einige Staats- und Regierungschefs die sich verschlechternde Lage an der ukrainischen Grenze nicht einschätzen oder die Risiken, die von einem tyrannischen Russland ausgehen, nicht richtig einschätzen können", schrieb The Telegraph unter Berufung auf Quellen, die dem Premierminister nahestehen.

In den vergangenen Monaten haben zahlreiche westliche Medien und mehrere US-Beamte Spekulationen über eine bevorstehende Invasion Russlands in der Ukraine verbreitet. Washington und seine Verbündeten drohen dem Kreml mit einer neuen Runde "lähmender" Sanktionen für den Fall, dass es hierzu kommen sollte. Dabei verwiesen sie auf die Bewegung russischer Truppen innerhalb des riesigen Westterritoriums des Landes als Beweis für diesen

Plan. Moskau hat die Anschuldigungen stets zurückgewiesen und erklärt, dass Russland das Recht hat, innerhalb seiner Grenzen Militärmanöver nach eigenem Gutdünken durchzuführen. Laut dem britischen Premierminister können potenzielle Sanktionen gegen die viel diskutierte Pipeline Nord Stream 2, die die Gaslieferungen an die krisengeschüttelten europäischen Länder erhöhen soll und derzeit in einem langwierigen EU-Zertifizierungsverfahren feststeckt, nicht ausgeschlossen werden.

Berichten zufolge wird Johnson mit den Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten Gespräche führen, um eine sogenannte Sanktionskoalition zu etablieren, die gezielte Maßnahmen gegen Russland einführen soll.

Anfang dieser Woche berichtete Bloomberg, dass Vertreter des britischen Außenministeriums angewiesen wurden, sehr kurzfristig in den "Krisenmodus" zu wechseln, da "die Sorge, dass Russlands Aggression gegenüber der Ukraine zu einem Konflikt eskalieren könnte", zunehme. Dies bedeute, dass Beamte und Diplomaten ihre Arbeit auf eine Reaktion Großbritanniens auf jede weitere Verschärfung der Spannungen konzentrieren würden, einschließlich Abschreckung und Sanktionen.

Am Samstag stellte das Londoner Außenministerium die groteske Behauptung auf, Moskau plane, in Kiew "einen prorussischen Führer zu installieren, während es überlegt, ob es in die Ukraine einmarschieren und sie besetzen soll". Das russische Außenministerium wies die Behauptung zurück und forderte das Vereinigte Königreich auf, die Verbreitung von Unsinn und Desinformation einzustellen.

Die Idee, Russland vom SWIFT-Bankennetz abzukoppeln, wurde Berichten zufolge als eine der Optionen in Betracht gezogen, um Russland im Falle eines militärischen Angriffs zu bestrafen. Politiker aus den USA und der EU sollen die Option aber abgelehnt haben, berichtete das Handelsblatt Anfang dieser Woche unter Berufung auf Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sind. Die Maßnahme könnte Berichten zufolge kurzfristig zu einer Destabilisierung der Finanzmärkte und mittelfristig zur Entwicklung einer alternativen Zahlungsinfrastruktur führen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee716db480cc57c737783c.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Gericht: Julian Assange darf gegen Auslieferung Berufung einlegen**

WikiLeaks-Gründer Julian Assange darf im Rechtsstreit um seine Auslieferung an die USA Berufung einlegen. Das teilte der High Court in London am Montag mit.

Am Montag hat der britische High Court WikiLeaks-Gründer Julian Assange die Erlaubnis erteilt, gegen seine Auslieferung an die USA Berufung einzulegen. Damit dürfte das juristische Tauziehen mit den USA vor dem höchsten britischen Gericht, dem Supreme Court, weitergehen.

Im Dezember hatte ein Berufungsgericht entschieden, seine Auslieferung an die USA zuzulassen, wo er wegen der Veröffentlichung von Dokumenten über die Kriege in Afghanistan und im Irak im Jahr 2010 wegen Spionage angeklagt ist. Diese Entscheidung wollen Assanges Anwälte nun vor dem Supreme Court überprüfen lassen.

Vorgeworfen wird ihm, gemeinsam mit der Whistleblowerin Chelsea Manning geheimes Material von US-Militäreinsätzen im Irak und in Afghanistan gestohlen und veröffentlicht und damit das Leben von US-Informanten in Gefahr gebracht zu haben. Dem gebürtigen Australier drohen in den USA bei einer Verurteilung bis zu 175 Jahre Haft.

Assange hatte sieben Jahre lang in der ecuadorianischen Botschaft in London gelebt, bevor eine neue Regierung in Quito ihm das Asyl entzog. Der Polizeischutz und die Bewachung der Botschaft kosteten den britischen Steuerzahler Millionen.

Im April 2019 wurde Assange von der britischen Polizei außerhalb der Botschaft festgenommen und ist seitdem im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert. Seine Verlobte Stella Moris behauptet, sein Gesundheitszustand habe sich zuletzt erheblich verschlechtert, und gab kürzlich bekannt, dass er im Oktober vergangenen Jahres einen Schlaganfall erlitten habe.

Nach dem Urteilsspruch erklärte Moris, dass dies ein wichtiger Schritt sei. Den Reportern sagte sie:

"Was heute vor Gericht geschah, war genau das, was wir wollten, ... und zwar, dass der Supreme Court gute Gründe hat, diese Berufung anzuhören."

Sie ergänzte:

"Wir haben heute vor Gericht gewonnen, das steht außer Frage. Aber lassen Sie uns nicht vergessen, dass jedes Mal, wenn wir gewinnen, solange dieser Fall nicht fallen gelassen wird, solange Julian nicht freigelassen wird, Julian weiter leidet."

Der 50-Jährige sitzt seit inzwischen über 1.000 Tagen im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Linken-Politikerin Sevim Dağdelen hatte die neue Bundesregierung jüngst dazu aufgefordert, Assange Asyl anzubieten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee8ab5b480cc57394c0822.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer aus der 36. Marineinfanteriebrigade ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Pawlopol stationiert.

snanews.de: **Kiews Bürgermeister wirft Deutschland Verrat im Ukraine-Konflikt vor**

Der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Vitali Klitschko, hat der Bundesregierung Verrat vorgeworfen und gefordert, dem Altkanzler Gerhard Schröder gesetzlich zu verbieten, „für das russische Regime zu arbeiten“. Das geht aus seinem Gastbeitrag für die „Bild“ hervor.

„In der Ukraine gibt es eine Riesen-Enttäuschung darüber, dass die Bundesregierung weiter an Nord Stream 2 festhält. Dass sie keine Verteidigungswaffen liefern will und gleichzeitig auch noch Staaten wie Estland davon abhält, uns Waffen zu liefern“, schrieb Klitschko. Das sei „unterlassene Hilfeleistung und Verrat an Freunden in einer dramatischen Situation“, bemängelt der ukrainische Ex-Box-Weltmeister.

Die Ukraine hatte Deutschland zuletzt mehrfach um Waffenlieferungen gebeten. Berlin hatte dies aber wiederholt abgelehnt. Mit Blick auf Nord Stream 2 hatten Vertreter der Bundesregierung, einschließlich Kanzler Olaf Scholz (SPD), indes zuletzt betont, im Falle eines russischen Einmarschs in die Ukraine stünden alle Sanktionsmöglichkeiten zur Diskussion.

Klitschko forderte zudem ein Lobby-Verbot für Altbundeskanzler Gerhard Schröder (77, SPD).

„Deutschland sollte dafür sorgen, dass Lobbyisten wie Altkanzler Gerhard Schröder gesetzlich verboten wird, weiter für das russische Regime zu arbeiten. Das wären Sanktionen, die vielen wirklich wehtun würden.“ Schröder ist Nord-Stream-Aufsichtsratschef. Bei Nord Stream 2 ist er Präsident des Verwaltungsrats.

„Doch die unfassbaren Aussagen des deutschen Vize-Admirals über Russland und Putin zeigen leider: Auch andere Vertreter in wichtigen Positionen leiden in Sachen Russland unter völligem Realitätsverlust“, schrieb Klitschko.

Damit meinte Klitschko die jüngsten Äußerungen des bereits zurückgetretenen deutschen Marinechefs Kay-Achim Schönbach. Er sagte während eines Indien-Besuchs am vergangenen Freitag, er wünsche sich Russland „als Partner“ und zweifle an seinen angeblichen Angriffsplänen. Auch werde die Halbinsel Krim ihm zufolge niemals in die Ukraine zurückkehren. Den angeblichen Wunsch Russlands, sich Teile der Ukraine einzuverleiben, kommentierte Schönbach als „Nonsens“ und erklärte, dass Putin „Respekt auf Augenhöhe will“, den er „wahrscheinlich auch verdient“ hat.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/16/3322427_0:164:3058:1884_1920x0_80_0_0_592530840836d6970753364a3f62159b.jpg

de.rt.com: **Damaskus: US-Militäraktivitäten im Nordosten Syriens sind Kriegsverbrechen**

Ende letzter Woche hatten IS-Terroristen einen Versuch unternommen, inhaftierte Kameraden aus einem Gefängnis der durch die USA unterstützten syrisch-kurdischen Miliz SDF zu

befreien. Im Anschluss kam es zu schweren Kämpfen, die Hunderte von unbeteiligten Zivilisten zur Flucht zwangen.

Das syrische Außenministerium hat den sofortigen Abzug aller fremden Truppen gefordert, die den Nordosten des Landes illegal besetzten, wie die iranische Nachrichtenagentur Tasnim berichtete. Zudem verurteilte Damaskus insbesondere Handlungen der Vereinigten Staaten in der Provinz Hasaka im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch von IS-Terroristen aus einem Gefängnis, die zur Flucht Tausender syrischer Bürger geführt hätten.

In einer über das Wochenende veröffentlichten Presseerklärung wirft das syrische Ministerium sowohl den IS-Terroristen als auch den Milizen der sogenannten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) vor, im Verlauf der letzten Tage "Massaker" gegen die Bevölkerung verübt und "signifikante Schäden an der Infrastruktur der Provinz Hasaka" verursacht zu haben. Solche Handlungen würden die Anzahl der mutmaßlichen Kriegsverbrechen der US-Besatzungstruppen und ihrer SDF-Alliierten nur noch vergrößern. Die SDF sind eine syrisch-kurdische paramilitärische Organisation, die eng mit den USA zusammenarbeitet.

Damaskus rief den für Flüchtlinge zuständigen Hochkommissar der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die UNICEF sowie alle weitere humanitären Organisationen dazu auf, den Tausenden zur Flucht gezwungenen Syrern zu helfen. Diese seien nun den "extremen Wetterbedingungen" ausgesetzt.

Zum Schluss verweist das syrische Außenministerium erneut auf die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die Lage im Nordosten des Landes:

"Syrien forderte den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, seiner Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie für den Schutz unschuldiger Zivilisten im Norden und Nordosten Syriens gerecht zu werden und das Land bei der Bewältigung dieser neuen humanitären Katastrophe zu unterstützen, bevor sie sich verschlimmert."

Am Samstag flohen weitere hunderte Syrer aus ihren Wohnungen im Süden Hasakas, wo sich das Gefängnis befindet, aus dem die IS-Terroristen flohen. Das Gebiet wird von den SDF-Milizen gemeinsam mit dem US-Militär kontrolliert. Zu der Flucht der Zivilisten hätten auch Drohungen der SDF-Milizen beigetragen, indem sie aufgrund der zunehmenden Instabilität in dem Gebiet die Zivilisten aufgefordert hätten, ihre Wohnungen sofort zu verlassen.

Ein lokaler Verantwortlicher der syrischen Verwaltung erklärte gegenüber der syrischen Nachrichtenagentur SANA:

"Angesichts der anhaltenden Vertreibung aus den südlichen Stadtvierteln, darunter Ghwairan, al-Nashwa und al-Zohour, werden die Hilfsaktionen für die Bevölkerung fortgesetzt."

In Hasaka waren schwere Gefechte ausgebrochen, nachdem IS-Terroristen versucht hatten, ihre Kameraden aus dem Gefängnis zu befreien. Dort sollen 3.500 IS-Mitglieder inhaftiert worden sein. Einige Hundert von ihnen sind nach Berichten derzeit immer noch auf der Flucht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee8baf48bef017d4986d1.jpg>

snanews.de: **Estland will Ukraine Waffen geben – Bundesregierung prüft Zustimmung**

Die Bundesregierung prüft eine von Estland beantragte Genehmigung für eine Waffenlieferung an die Ukraine. Diese ist erforderlich, weil die Haubitzen aus DDR-Altbeständen mit Auflagen zunächst an Finnland verkauft und später von dort an Estland gegeben worden waren.

„Es ist bisher keine Entscheidung dazu getroffen worden“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann am Montag in Berlin. Es gehe „in diesem Fall nicht um deutsche Waffenlieferungen, sondern um Waffenlieferungen aus Estland“, so Hoffmann weiter. Die Entscheidung stehe noch aus.

Keine deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine

Die Bundesregierung habe ihre Haltung gegenüber Waffenlieferungen und insbesondere der Lieferung von tödlichen Waffen in die Ukraine nicht verändert, sagte Hoffmann. „Sie erteilt im Hinblick auf den Konflikt in der Ukraine keine Genehmigung für die Lieferung von letalen Kriegswaffen. Und sie sieht natürlich, dass Verbündete eine andere Position haben und das auch anders handhaben.“

Auf die Frage, ob die Ukraine für den Fall eines russischen Angriffs mit deutschen Waffen rechnen könne, sagte sie, genau eine solche Eskalation wolle die Bundesregierung verhindern. „Und für den Fall, dass es zu einer russischen Intervention oder einem wie auch immer gearteten Eindringen auf ukrainisches Territorium kommt, bereitet die Bundesregierung ja gemeinsam mit ihrem Verbündeten eine Reihe von Maßnahmen vor, die wir jetzt hier aber im Einzelnen nicht besprechen.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/16/256026_0:107:1920:1187_1920x0_80_0_0_d8a9e9c5c942492b91715c8e809af2f7.jpg

snanews.de: **EU-Kommission schlägt weitere Milliardenhilfe für die Ukraine vor**

Vor dem Hintergrund der Spannungen mit Russland will die EU-Kommission der Ukraine kurzfristig weitere Milliardenhilfen bereitstellen.

„Wie immer steht die EU der Ukraine in dieser schwierigen Situation bei“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag in Brüssel. Die deutsche Politikerin schlug unter anderem ein Nothilfe-Kreditpaket in Höhe von 1,2 Milliarden Euro vor. Man zähle darauf, dass der Rat der EU-Staaten und das Europaparlament so bald wie möglich grünes Licht dafür geben.

Von der Leyen zufolge wird die EU-Kommission zudem bald an langfristigerer Hilfe für die Modernisierung der Ukraine arbeiten. Auch wolle die Behörde die Summe an Zuschüssen für das Land in diesem Jahr um 120 Millionen Euro erhöhen und damit fast verdoppeln. Insgesamt hätten die EU und ihre Finanzinstitutionen dem Land seit 2014 mehr als 17

Milliarden Euro in Krediten und Zuschüssen zur Verfügung gestellt. Von der Leyen bekräftigte, dass die Ukraine ein freies und souveränes Land sei, das seine eigenen Entscheidungen treffe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/02/52370_0:7:3077:1737_1920x0_80_0_0_962072d3601241a0a9da2718cf22926b.jpg

de.rt.com: **Medienbericht: Israel plant Evakuierung der ukrainischen Juden**

Die Lage in der Ukraine spitzt sich weiter zu. Mehrere westliche Botschaften haben ihr Personal zurückgerufen. Nun erklärte auch Israel, es plane jüdische Bürger der Ukraine zu evakuieren, wenn es zu einem umfassenden militärischen Konflikt zwischen Russland und der US-geführten NATO kommen sollte.

Spitzenbeamte in Israel bereiten sich angeblich auf ein Szenario vor, wonach sie im Falle einer russischen Invasion Tausende von Juden aus der Ukraine ausfliegen werden. Dies berichtete eine führende örtliche Zeitung inmitten anhaltender westlicher Spekulationen, Moskau könnte eine Großoffensive planen.

In einem Bericht vom Sonntag behauptete die Tageszeitung Haaretz, Vertreter mehrerer Regierungsstellen hätten sich am Wochenende getroffen. Angeblich um das Risiko zu erörtern, dass die jüdische Gemeinde in dem osteuropäischen Land in einen Konflikt verwickelt werden könnte.

An der Besprechung sollen Beamte des Nationalen Sicherheitsrates, des Verteidigungs-, des Verkehrs- und des Außenministeriums teilgenommen haben, ebenso wie zuständige Stellen für die Pflege der Beziehungen zu Juden in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion.

Wie die Autoren des Berichts schreiben, verfüge Israel seit langem über Pläne für die massenhafte Rückführung seiner potenziellen Bürger, falls dies erforderlich sein sollte. Diese Evakuierungspläne seien angesichts der zunehmenden Befürchtungen einer Offensive in der Ukraine nun aktualisiert worden.

Analysten schätzen, dass in der Ukraine möglicherweise bis zu 400.000 Juden leben. Von diesen könnten etwa 200.000 nach dem Rückkehrgesetz des Landes im Nahen Osten Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft haben. Etwa 75.000 dieser Juden leben im Osten der Ukraine.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden mehr als eine Million Juden, die in der Sowjetunion, hauptsächlich auf dem Gebiet der heutigen Ukraine lebten, von deutschen Streitkräften und einheimischen Kollaborateuren ermordet. Mindestens 34.000 jüdische Menschen wurden 1941 innerhalb von zwei Tagen in der Schlucht von Babi Jar außerhalb von Kiew erschossen und in ein Massengrab geworfen.

In den letzten Jahren hatten israelische Beamte die ukrainische Regierung zunehmend attackiert. Vor allem wegen ihrer Rolle bei dem, was der Präsident des Landes, Jitzchak

Herzog, als einen wachsenden Trend zum Geschichtsrevisionismus in der osteuropäischen Nation bezeichnet hat. "Erinnerungen werden nicht einfach vergessen – sie werden ausgelöscht oder sogar umgeschrieben", warnte Herzog im Oktober 2021 vor einem Besuch in Kiew.

Anfang des Jahres hatte die israelische Botschaft eine in der Ukraine alljährlich stattfindende Fackelprozession zu Ehren von Stepan Bandera kritisiert. Als Anführer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) hatte dieser mit den Nazis kollaboriert und war für ethnische "Säuberungsaktionen" mitverantwortlich. Dabei wurden Juden und Menschen polnischer Abstammung planmäßig ermordet. Bandera ist in den letzten Jahren in der Ukraine zu einer Symbolfigur der Unabhängigkeit erhoben worden.

Die angeblichen Planungen in Israel stehen vor dem Hintergrund einer mutmaßlichen Invasion Russlands in der Ukraine. In den letzten Monaten hat der Westen zunehmend Befürchtungen geäußert, Moskau stelle entlang der russisch-ukrainischen Grenze Truppen auf, um seinen Nachbarn anzugreifen. Am Sonntag forderte das US-Außenministerium die Familien der in Kiew arbeitenden Diplomaten auf, das Land "wegen der anhaltenden Gefahr einer russischen Militäraktion" zu verlassen.

Der Kreml hat die Anschuldigung, Russland plane einen Angriff, indes wiederholt zurückgewiesen. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte zuletzt erklärt, die Bewegungen der Streitkräfte des Landes auf seinem eigenen Territorium seien eine interne Angelegenheit und gingen niemanden etwas an.



<https://cdn.rttom.com/deutsch/images/2022.01/article/61ee969db480cc6a601e2cd5.jpg>

snanews.de: **Nato schickt zusätzlich Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge nach Osteuropa**

Die Nato stärkt ihre Präsenz in Osteuropa im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine, geht aus einer Mitteilung auf der Webseite der Allianz hervor.

„Die Nato-Verbündeten versetzen ihre Kräfte in Einsatzbereitschaft und entsenden zusätzlich Schiffe und Kampfflugzeuge zu Stationierungsorten der Nato in Osteuropa. Sie verstärken damit ihre Abschreckungs- und Verteidigungsmaßnahmen, weil Russland seine militärische Präsenz in der Ukraine und um dieses Land weiter festigt“, heißt es.

Laut der Mitteilung haben mehrere Verbündete in den letzten Tagen die Stationierung ihrer Kräfte bekanntgegeben bzw. angekündigt.

So entsendet Dänemark eine Fregatte in die Ostsee und vier Mehrzweckkampfflugzeuge F-16 nach Litauen.

Spanien entsendet Schiffe und erwägt die Entsendung von Jagdflugzeugen nach Bulgarien.

Frankreich hat sich bereit erklärt, seine Kräfte nach Rumänien zu verlegen.

Die Niederlande schicken ab April zwei Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeuge F-35 nach Bulgarien und versetzen ein Schiff und bodengestützte Kräfte in Einsatzbereitschaft.

Die USA prüfen die Möglichkeit, ihre militärische Präsenz an der Ostflanke der Allianz zu

erweitern, heißt es.

In den letzten Monaten tauchen in westlichen Massenmedien immer neue Berichte über die Vorbereitung einer „Invasion“ Moskaus in die Ukraine auf. Die russische Seite wies diese falschen Informationen wiederholt zurück und betonte, dass solche Behauptungen zur Aufstockung der Truppen der Nordatlantischen Allianz vor den Grenzen Russlands genutzt würden.

Wie der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Andrej Kartapolow, sagte, wird Russland eine angemessene Antwort geben, wenn die US-Truppen in den baltischen Ländern und in Osteuropa aufgestockt werden sollten.

„Russland wird solche Handlungen selbstverständlich nicht unbeantwortet lassen und adäquate Einwirkungsmaßnahmen gegen verschärfte Bedrohungen ergreifen“, sagte der Parlamentarier.

Er nahm somit Stellung zu dem in der Zeitung „The New York Times“ erschienenen Artikel über die Möglichkeit der Stationierung von bis zu 5000 US-Soldaten in den genannten Regionen.

Zeitungsquellen zufolge denkt US-Präsident Joe Biden neben der Truppenstationierung auch an die Möglichkeit, zusätzlich Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge ins Baltikum und nach Osteuropa zu schicken.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/05/0e/2095189_0:200:2931:1849_1920x0_80_0_0_adb8b5b9eff57d852bd6375c52faeff0.jpg

snews.de: **Puschilin: Die Ukraine hat im Donbass 120.000 Soldaten zusammengezogen**

Der Chef der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat im russischen Fernsehen die Truppenstärke der ukrainischen Armee in der Region mit 120.000 Soldaten beziffert. Er sei sich sicher, dass Kiew eine Offensive im Donbass vorbereitet.

Der Präsident der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk Denis Puschilin hat am Sonntag im russischen Fernsehen von intensiven Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte in der Region berichtet.

Vor ungefähr drei Monaten habe Kiew die im Osten des Landes stationierten Regierungstruppen auf 120.000 Soldaten aufgestockt. Diese Gruppierung sei, so Puschilin, nach wie vor in voller Kampfbereitschaft präsent, was man sicher wisse und täglich beobachte.

Unter den in den Osten des Landes verlegten Truppen befänden sich auch ausländische Instrukteure sowie Söldner privater Militärunternehmen ausländischer Herkunft.

Die Regierung der Volksrepublik Donezk sei überzeugt, dass Kiew eine Offensive gegen die abtrünnigen Republiken plant:

"Die Art der Aktivitäten, die auf ukrainischer Seite stattfinden, ist die Vorbereitung einer

Offensive. Ich spreche davon, dass die Ausrüstung herbeigeschafft wird, dass die Panzerbesatzungen vorbereitet werden und dass Artillerie- und Panzerbesatzungen an den Orten konzentriert werden, von denen sie einst abgezogen wurden", sagte Puschilin dem Sender Rossiya 1.

Er fügte hinzu, dass die beobachtete Stationierung raketenbasierter Artilleriesysteme Smertsch und Uragan Anlass zu ernster Sorge gebe. Die US-Panzerabwehrraketen Javelin, die unter der Bedingung, sie nicht in der ostukrainischen Krisenregion einzusetzen, an die Ukraine geliefert worden waren, seien ebenfalls in der Region gesichtet worden. Allerdings nicht unmittelbar an der Berührungslinie, die die Bürgerkriegsparteien trennt, ergänzte der Republikchef. Zudem spreche seiner Auffassung nach die intensive mediale Begleitung für Kriegsabsichten der ukrainischen Regierung:

"Die Medienlast, die all diese Ereignisse begleitet, ist ebenfalls wichtig – ich meine das Heranholen ausländischer Journalisten an die Kontaktlinie durch die Ukraine. Natürlich gibt es auch Ausbilder aus den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die fast offen Fotos machen und sie ins Internet stellen."

Die Verteidigungskräfte der DVR befänden sich derzeit "in höchster Bereitschaft", sagte der im November 2018 zum Staatschef der nicht anerkannten Republik gewählte Politiker.

Am 24. Januar erklärte das Verteidigungsministerium der Volksrepublik Donezk, dass es Vorbereitungen des ukrainischen Militärs auf aktive Kampfhandlungen im Donbass registriere. Die Verlegung von acht Raketensystemen der Typen Smertsch und Uragan mit Streumunition in den Donbass sei beobachtet und dokumentiert worden.

Eduard Bassurin, Sprecher der DVR-Volksmiliz, rief ukrainische Soldaten und Offiziere auf, sich nicht an Kampfhandlungen im Donbass zu beteiligen.

Am 21. Januar hatte Bassurin die Öffentlichkeit über die Verlegung von britischem Kriegsgerät in die Bürgerkriegsregion informiert. Die USA hatten Mitte des Monats Waffenlieferungen aus den baltischen Staaten an die Ukraine genehmigt und lieferten selbst kürzlich Radarsysteme im Wert von 200 Millionen Dollar. Spanien entsandte ein Kriegsschiff ins Schwarze Meer.

Die Sprecherin des Außenministeriums der Russischen Föderation Maria Sacharowa hatte bereits Anfang Dezember die Anwesenheit 125.000 ukrainischer Regierungstruppen im Donbass öffentlich mitgeteilt. Dabei handelt es sich laut Analysen des Akademikers und Militärexperten Konstantin Siwkow im Grunde um die kampffähigsten Verbände der ukrainischen Streitkräfte mit dem höchsten Grad an Einsatzbereitschaft.

Der Westen wirft Russland vor, Truppen mit einer Stärke von etwa 100.000 Mann "an der Grenze zur Ukraine" zusammengezogen zu haben. Dabei werden in dieser Zahl offenkundig auch Verbände berücksichtigt, die sich in 300 bis 400 Kilometern Entfernung von der ukrainischen Grenze am Ort ihrer regulären Stationierung befinden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61eea63c48fbef7f9341e322.jpg>

ukrinform.de: **Selenskyj bespricht am Telefon mit Michel Aggression Russlands und Vorbereitung neuer Sanktionen**

Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, erörterten heute am Telefon politisch-diplomatische Wege zur Deeskalation der Sicherheitslage um die Ukraine und die Möglichkeit, präventive Sanktionen vorzubereiten. Dies teilte der Pressedienst des ukrainischen Staatsoberhauptes mit, berichtet Ukrinform. „Das Hauptaugenmerk des Gesprächs lag auf der Koordinierung internationaler politisch-diplomatischer Bemühungen zur Deeskalation der Sicherheitslage um unser Land“, so das Büro des Präsidenten.

Insbesondere stellte Selenskyj fest, dass es für die Ukraine wichtig ist, die Einheit aller EU-Mitgliedstaaten zu erhalten, um die Souveränität und territoriale Integrität unseres Staates zu schützen. Ihm zufolge wird sich die Ukraine auf keine Provokationen einlassen und stattdessen zusammen mit ihren Partnern Ruhe bewahren.

„Ich bin dankbar Ihnen, Herr Präsident des Europäischen Rates, und den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder, deren Diplomaten in unserem Land bleiben und uns bei unserer Arbeit unterstützen“, sagte er.

Die Gesprächspartner erörterten auch die Vorbereitung eines breiten Pakets präventiver wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Sanktionen durch die Europäische Union, die die mögliche weitere Eskalation eindämmen könnten.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_01/thumb_files/630_360_1610724775-400.jpeg

snanews.de: **Auswärtiges Amt will deutschen Auslandsmitarbeitern in der Ukraine Ausreise finanzieren**

Nach den USA will nun auch Deutschland in der Ukraine befindlichen Mitarbeitern der Botschaft und anderer Organisationen die freiwillige Ausreise finanzieren. Hintergrund ist die Sorge um eine mögliche Zuspitzung des Ukraine-Konfliktes.

Wie die Deutsche Presse-Agentur am Montag meldet, hat das Auswärtige Amt Deutschen in der Ukraine aufgrund der angespannten politischen Lage die freiwillige Ausreise angeboten. Diese soll beispielsweise für Mitarbeiter der Botschaft in Kiew und deren Angehörige finanziert werden sowie für Organisationen wie das Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

„Das ist eine Maßnahme, die wir treffen, um die Sicherheit der Menschen, für die wir Verantwortung tragen, dort zu gewährleisten“, sagte Außenamtssprecher Christopher Burger.

Die deutsche Botschaft in Kiew bleibe jedoch weiterhin offen. „Unsere diplomatische Präsenz brauchen wir vor Ort auch weiterhin, um der Ukraine in dieser Situation zur Seite zu stehen“, so Burger. Wie die DPA anmerkt, geht Deutschland dabei nicht ganz so weit wie die USA, die die freiwillige Ausreise nicht zwingend benötigter Botschaftsmitarbeiter genehmigt und deren Familienangehörige zur Ausreise aufgefordert hätten.

Die Nato und die EU befürchten, Russland könnte einen Einmarsch in die Ukraine planen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e4/0c/14/232126_0:218:2761:1771_1920x0_80_0_0_35f8a6fa177223cc5584f1061b89af1b.jpg

novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine ziehen an der Grenze zur LVR militärische Ausrüstung zusammen – Volksmiliz**

Die Aufklärung der LVR registrierte die Ankunft ukrainischer Panzerfahrzeuge auf dem von den Streitkräften der Ukraine kontrollierten Donbass-Territorium in der Stadt Popasnaja. In der vom Pressedienst verbreiteten Erklärung des Vertreters des Verteidigungsministeriums heißt es, dass in Wohnsiedlungen zwei gepanzerte Kampffahrzeuge sowie ein BRDM-2 gesehen wurden.

Die Volksmiliz betonte, dass solche Aktionen der Kiewer Sicherheitskräfte eine Verletzung des 3. Absatzes der zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen in der Region darstellen.

„In dieser Hinsicht schließen wir die Aktivierung des provokativen Beschusses durch den Feind in Richtung Popasnjanskij nicht aus“, sagte der Vertreter des Ministeriums in der Erklärung.

Das angegebene Gebiet ist der Zuständigkeitsbereich der 24. Brigade der Streitkräfte der Ukraine. Es wird darauf hingewiesen, dass die Soldaten der LVR den Feind ständig überwachen, "sich strikt an die Bedingungen des aktuellen Waffenstillstands halten und bereit sind, auf Befehl des Kommandos unverzüglich auf Änderungen der Situation zu reagieren".



https://novorosinform.org/content/images/73/19/37319_720x405.jpg